

München, 22.10.2019

Landwirtschaft und Ernährung

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist seit Jahren rückläufig. Auch gibt es immer weniger Höfe mit Tierhaltung, während die verbliebenen durchschnittlich mehr Tiere halten als früher. Dennoch ist die Landwirtschaft ein wichtiger Arbeitgeber: Rund 230.000 Menschen arbeiten in der Landwirtschaft, damit ist jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern mit der Landwirtschaft verbunden. Rund 45.500 Betriebe werden im Nebenerwerb geführt. Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte unterstützen, in dem wir die Milchwirtschaft stärken, Ackerland erhalten und den regionalen Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten fördern. Die bayerische Agrarpolitik ist geprägt von der Agrarpolitik der EU. Deutschland stehen für die kommenden fünf Jahren rund 6,3 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung – davon gehen knapp fünf Milliarden Euro an die Landwirtinnen und Landwirte und 1,2 Milliarden in Förderprogramme für nachhaltige Entwicklung. Bayern erhält jährlich rund eine Milliarde Euro für Direktzahlungen an die Landwirtschaft und etwa 302 Mio. Euro aus der EU.

Was wir als SPD fordern:

Stärkung der Landwirtschaft

Wir wollen die Verhandlungsposition von Landwirtinnen und Landwirten gegenüber dem Einzelhandel verbessern. Dazu gehört auch eine Steuerung der Milchproduktion im Falle einer Absatzkrise, um Angebot und Nachfrage besser regulieren und um unnötige, teure Interventionen verhindern zu können. Wir müssen Landwirte mehr fördern und unterstützen, damit sie nach umwelt- und klimapolitischen Kriterien produzieren können.

Erhalt von Böden und Artenvielfalt

Wir als SPD finden: Ackerland gehört in Bauernhand. Wir setzen uns dafür ein, dass Spekulationen um Grund und Boden eingedämmt werden. Die Wertsteigerung des Bodens darf nicht Aktionären zugutekommen, sondern muss in der Landwirtschaft verbleiben, damit Pachtpreise und Bodenpreise für Hofnachfolger bezahlbar bleiben. Wir wollen, dass Share-Deals, also der anteilige Verkauf von Flächen (meist als Geldanlage), verhindert und unsere bayerischen Agrarflächen vor Spekulanten geschützt werden. Nicht erst seit dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ kümmern wir als SPD uns um die Imkerei und die Artenvielfalt, die

Auswirkungen des Klimawandels und den Berufsstand der Imker, der meist im Ehrenamt ausgeübt wird.

Regionalität, gesunde Ernährung und Ökolandbau

Wir als SPD nehmen die Herstellung und Vorzüge gesunder Ernährung – auch mit regional und biologisch erzeugten Produkten – in den Fokus. Wir wollen den Verkauf heimischer (Bio-) Produkte dauerhaft stärken. Um den regionalen Verkauf zu verbessern, setzen wir uns für mehr Direktvermarktung ein und wollen regionale Lieferketten langfristig sichern.

Wir wollen den Ökolandbau bis zum Jahr 2030 auf 30 Prozent aller landwirtschaftlichen Fläche steigern – aktuell liegt er bei nur zwölf Prozent. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Ökolandbau als fester Bestandteil der Landwirtschaft akzeptiert und stärker gefördert werden. Dazu müssen auch mehr Ökomodellregionen ausgewiesen werden. Gleichzeitig sollten Schulen und Kindertagesstätten für die Gemeinschaftsverpflegung einen höheren Anteil an Biolebensmitteln verwenden.

Ernährungstrends im Blick haben

Wir wollen unseren Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln erhöhen. Während wir uns zu fast 100 Prozent mit Fleisch, Milchprodukten, Zucker, Getreide und Kartoffeln selbst versorgen können, beträgt der Selbstversorgungsgrad bei Eiern, Obst und Gemüse weniger als 50 Prozent. Gleichzeitig führt der zukünftige Ernährungstrend weg vom dominierenden Fleischkonsum: Der Anteil tierischer Erzeugung ist von 2020 mit 50 Prozent auf einen Anteil von 45 Prozent gesunken, der Fleischkonsum pro Kopf hat innerhalb von fünf Jahren um fast zehn Prozent abgenommen. Wir als SPD finden, die Landwirtschaft muss auf neue Ernährungstrends reagieren, wie beispielsweise beim Nutzhanf-Anbau.

Zukunft der Agrarpolitik

Wir als SPD stehen für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik, in der wir mittelständische und bäuerliche Strukturen dauerhaft sichern können. Wir wollen die Konzentration auf wenige große Betriebe verhindern. Von 2019 bis 2021 sind die Einkommen der Hauptidealbetriebe um fast 14 Prozent gesunken, 1.570 Betriebe haben aufgegeben. Wir wollen nicht, dass unsere Grünlandbetriebe ihre Kombihaltung aufgeben müssen. Die Kombihaltung ist eine Haltungsform, die, bei Kombination von Weidegang mit vorübergehender Anbindehaltung, Bestand haben soll. Gerade der Weidegang leistet einen Beitrag zum Tierwohl und erhält Grünland.

Privilegien industrieller Landwirtschaft müssen Ausnahme bleiben

Investitionsförderungen fließen hauptsächlich in Intensivtierhaltungsanlagen, von denen viele industriell sind und die damit die mittelständische bäuerliche Landwirtschaft gefährden.

Anstatt gegenzusteuern, werden die Fördergrenzen zugunsten der industriellen Tierhaltung nach oben gesetzt. Die Privilegierung der industriellen Landwirtschaft beim Bauen im Außenbereich (Baugesetzbuch) muss eine Ausnahmeregelung bleiben. Sie darf nicht zum Freibrief werden, um ausschließlich große Betriebe zu ermöglichen.

Unsere Anträge und parlamentarischen Initiativen...

...aus den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Forsten finden Sie unter diesem [Link](#) [auf den Seiten des Bayerischen Landtags](#) – nach Aktualität sortiert und mit dem jeweiligen Abstimmungsergebnis im Landtag.